

Mexiko blickt nach Norden

Vorwahlen in den USA finden großes Interesse im Süden / Migrations-thema prioritär / Gedämpfte Wirtschaftserwartungen

Sorgenvoll blickt Mexiko in diesen Tagen Richtung Norden: die laufenden Vorwahlen und die entsprechenden Programme der aussichtsreichen Kandidaten, eine augenscheinlich vielerorts verschärfte Politik gegenüber illegalen Einwanderern, aber auch die Wirtschaftsentwicklung beim großen Nachbarn USA geben zu denken. Kommentatoren und Analysten versuchen vor allem zu ergründen, von welchem möglichen Präsidenten der USA Mexiko am meisten zu erwarten hätte. Die Bilanz fällt vergleichsweise ernüchternd aus:

Am meisten erwartet man noch vom republikanischen Senator John McCain, immerhin einem der Befürworter einer integralen Migrationsregelung, die Ende vergangenen Jahres im US-Kongress gescheitert war. Gemeinsam mit Edward Kennedy galt McCain als einer der Hauptprotagonisten, etwas, das ihm bei konservativen Republikanern zu schaden scheint, etwas aber auch, dass ihm gerade bei *Latino*-Wählern auf die Habenseite geschrieben wird. Allerdings neigen diese traditionell eher zu den Demokraten, auch wenn Präsident George W. Bush im Wahlkampf 2004 gerade über „weiche Themen“ viele aus dieser auch sozial-konservativ-katholisch geprägten Klientel für sich gewinnen konnte.

Hillary Clinton und Barack Obama ihrerseits haben sich immerhin mehr oder weniger vage dafür ausgesprochen, den Status der ohne Dokumente in den USA lebenden Migranten zu legalisieren. Obama ging so

weit, Führerscheine für alle anzubieten, unabhängig ihres Migrationshintergrundes.

So zielt man zwar auf Wähler mit *Latino*-Hintergrund in den USA – gerade vor dem *Super-Tuesday* in so bedeutenden Bundesstaaten wie Kalifornien –, deren Ursprungsregion allerdings hält man für weitgehend unbedeutend, Lateinamerika spielt in den außenpolitischen Diskursen der Kandidaten so gut wie keine Rolle. Da wird dann auch gern ignoriert, dass die USA nach Lateinamerika viermal so viel exportieren wie nach China und das Mexiko ein größerer Öllieferant ihres Landes ist als Saudi Arabien.

Eine neue Umfrage von *Zogby International* zeigt, wie gering die Bedeutung Lateinamerikas in den Augen der US-Amerikaner ist. Auf die Frage, welches die für US-Interessen bedeutendste Region der Welt sei, entschieden sich 42,5 Prozent der Befragten für den Nahen Osten, 20,3 Prozent für Asien, 12,5 Prozent für Europa und nur 7,3 Prozent für die südlichen Nachbarn. Nur Südasien, der Südpazifik mit Australien und Afrika blieben noch hinter diesem Wert zurück. Mexiko immerhin führt mit 42 Prozent der Antworten die Liste der Länder an, die man in Nordamerika für besonders US-freundlich hält, es folgen Costa Rica, Brasilien und die Dominikanische Republik. Auf dem letzten Platz landet mit 1,6 Prozent Venezuela.

Verschärftes Migrationsklima

Die Bedeutung der US-Bürger mit latein-amerikanischem Hintergrund allerdings steigt weiter: Nach einer gerade veröffentlichten Schätzung des mexikanischen Innenministeriums ist die Zahl der aus Mexiko stammenden Menschen in den USA auf 29,3 Millionen angewachsen, rund 11 Millionen

von ihnen seien mexikanische Staatsbürger, rund 6,2 Millionen verfügten nicht über eine Aufenthaltserlaubnis, so das Ministerium auf Basis einer entsprechenden Umfrage zur Migrationssituation jenseits der Nordgrenze Mexikos.

Nach Angaben der Weltbank – basierend auf Daten des US-Sicherheitsministeriums und des dortigen Census – gab es im Jahr 2007 an der Grenze zu Mexiko rund 850.000 Festnahmen (zum Vergleich: im Jahr 2000 wurden sogar 1,7 Millionen illegale Grenzgänger verhaftet). Rund 200.000 Mexikaner wurden im Jahr 2007 aus den USA ausgewiesen und in ihre Heimat zurückgeschickt. In den vergangenen sieben Jahren haben die USA die Zahl ihrer Grenzpolizisten von 9.000 auf 15.000 erhöht. Parallel setzt sich ein anderer langjähriger Trend an der Grenze fort: fast jede Tag – so die nationalen mexikanische Menschenrechtskommission CNDP stirbt dort ein Mexikaner beim Versuch, in die USA zu gelangen. Die Todesursachen sind vielfältig: immer wieder ertrinken Menschen in den Grenzflüssen, verdursteten bei der Durchquerung der Wüsten, erfrieren beim Menschenschmuggel in Containern, werden Opfer von Autounfällen bei Verfolgungsjagden mit der Grenzpolizei oder werden von dieser erschossen. Die erhöhten Kontrollen haben dazu geführt, dass immer schwierigere Wege des Grenzübertritts gesucht werden und die Wahrscheinlichkeit, dabei umzukommen, prozentual stark angestiegen ist.

Nach Angaben der Weltbank kommt mittlerweile auch die Höhe der sogenannten *remesas*, Gelder, die AuslandsMexikaner in die Heimat überweisen, an ihre Grenze. Auf eine Summe von 25 Milliarden Dollar wird sie immerhin für 2007 beziffert. Damit gehört Mexiko allerdings neben Indien und China – deren Einnahmehöhen liegen etwa auf gleichem Niveau - nach wie vor zu den drei größten Empfängerländern der Welt. Diese drei Länder stehen gleichzeitig für ein Drittel der Überweisungen, die Entwicklungsländer weltweit insgesamt von ihren im Ausland lebenden Bürgern erhalten.

Gleichzeitig wurde allerdings auch bekanntgegeben, dass Mexiko im Jahr 2006 rund

192.000 Menschen über seine Südgrenze deportiert hat, in der Mehrzahl Guatemalteken, Honduraner und Bürger El Salvadors. Die Regierung Guatemalas hat Mexiko mittlerweile aufgefordert, Migranten nicht zu kriminalisieren.

Gedämpfte Wirtschaftserwartungen

Der Blick in die USA ist in Mexiko derzeit aber auch wirtschaftlich dominiert: Auch für Mexiko nämlich haben verschiedene Wirtschaftsforschungsinstitute die Wachstumsraten für das laufende Jahr inzwischen nach unten korrigiert. Mexiko werde von einem Wirtschaftsabschwung in den USA besonders betroffen sein, so die Meinung.

Die Regierung verbreitet hingegen weiterhin Optimismus: Mexiko sei dafür gut gerüstet, nicht zuletzt durch seine Öleinnahmen. Auch werde man mit einem umfangreichen Infrastrukturprogramm die Binnenkonjunktur beleben und negative Effekte von außen begrenzen können. Gerade bei der Infrastruktur, so auch der inzwischen von der Zeitschrift *Fortune* ermittelte reichste Mann der Welt, Carlos Slim, habe Mexiko großen Nachholbedarf. Um auch künftig wettbewerbsfähig zu sein, bedürfe es Investitionen von rund 60 Milliarden Dollar, was etwa sieben Prozent des mexikanischen Bruttoinlandsprodukts entspricht.

Ende Januar allerdings senkte auch das Finanzministerium seine Wachstumsprognosen und geht jetzt von 2,8 Prozent aus, 0,9 Prozent weniger als zunächst veranschlagt und im Haushalt 2008 vorgesehen. Auch die Nationalbank korrigierte die ursprünglichen Erwartungen und geht jetzt von einem Wachstumskorridor zwischen 2,75 und 3,25 Prozent aus. Entsprechend geringer fallen auch die Erwartungen an die Schaffung neuer Arbeitsplätze aus.

An der wirtschaftlichen Heimatfront gab es allerdings auch Positives zu vermelden: Mexiko hat das Jahr 2007 mit einer offiziellen Inflationsrate von 3,76 Prozent beendet, so die Bank von Mexiko, die zweitniedrigste Rate seit 1976. Die gefühlte Inflation – gerade bei denen, die den Großteil ihres Einkommens für Grundbedürfnisse ausgeben

6. Februar 2008

www.kasmex.org.mx

www.kas.de

müssen - ist allerdings deutlich höher, auch wurden verschiedene Inflationseffekte in Jahr 2008 verschoben. Parallel hat das nationale Statistikinstitut INEGI für das abgelaufene Jahr wieder eine erstaunlich niedrige Arbeitslosenquote bekanntgegeben: nur 3,72 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung Mexikos sollen demnach im vergangenen Jahr ohne Job gewesen sein.

Energie: Oben auf Reformagenda

Da ist es nur natürlich, dass wichtige Reformen ins Blickfeld rücken, um Mexikos Lage zu verbessern. Ganz oben auf der Liste: Die Energiereform und die Zukunft des staatlichen Energieriesen *Petroleos Mexicanos* (PEMEX). Bereits Ende 2007 häuften sich die Berichte von deren bevorstehenden Privatisierung, die allerdings von allen wichtigen Akteuren dementiert wurden. Eine Verfassungsänderung in diese Richtung sei nicht beabsichtigt, so die Regierung, schon allerdings eine Öffnung von PEMEX für privates Kapital. Mehrere internationale Ölkonzerne meldeten gleichzeitig Verträge mit PEMEX für die Exploration neuer Ölfelder, die Mexiko dringend braucht, um die zur Neige gehenden bisher bekannten Förderquellen kompensieren zu können.

Interessant dabei, dass neben der regierenden PAN auch die oppositionelle PRI Verhandlungsbereitschaft ankündigt. Niemand, so hört man auch von dort, könne die Probleme von PEMEX und den Handlungsbedarf ernsthaft leugnen. So kommt die heftigste Opposition einmal mehr von der PRD und ihrer Symbolfigur Andrés Manuel López Obrador (AMLO). Er kündigte direkt die Gründung eines „Movimiento Nacional en Defensa del Petróleo“ an und erklärte jeden, der einer Energiereform zustimme, zum „Vaterlandsverräter“. Gleichzeitig kündigte er im kleinen Kreis an, er stehe 2012 noch einmal für eine Präsidentschaftskandidatur zur Verfügung. Ironischerweise passt dies aber nicht zu seiner augenblicklichen „Funktion“ als selbsternannter „legitimer Präsident“: Präsidenten können in Mexiko laut Verfassung nämlich nicht wiedergewählt werden.

Führungskampf in der PRD

Noch vor Weihnachten hatte sich der verhinderte Präsidentschaftskandidat auch in den laufenden Kampf um den Parteivorsitz der PRD eingemischt, der am 16. März entschieden werden soll. Er gab ein klares Votum für Alejandro Encinas Rodríguez ab, den Mann, der ihm als Hauptstadtbürgermeister nachgefolgt war und nach AMLOs Wahlniederlage wochenlang den berühmten „plantón“ ertrug, die Blockade des Hauptstadtboulevards *Avenida Reforma*. Die Moderaten, so López Obrador mit Blick auf seine innerparteilichen Gegner, seien nichts anderes als besonders ausgeschlafene Konservative.

Der Gegenkandidat Encinas und Chef des Parteiflügels „Nueva Izquierda“, Jesús Ortega Martínez, ließ unmittelbar verlauten, das Votum AMLOs sei genauso wichtig wie das eines jeden anderen Parteimitglieds. Derzeit wird vor und hinter den Parteikulissen heftig gekämpft, vielerorts werden bemerkenswerte Zahlen von Neueintritten in die Partei gemeldet. Immer wieder ist auch von einer möglichen Parteispaltung die Rede, vor allem, sollte Ortega schließlich die Nase vorn haben.

Insgesamt wird der Ton rauer: Die PRD-Abgeordnete Ruth Zavaleta etwa, Präsidentin des mexikanischen Abgeordnetenhauses nannte AMLO einen „buscapleitos de taberna“, was auf deutsch wohl soviel wie „Kneipen-Streithansel“ bedeutet. Vorher hatte dieser nämlich zu einem Treffen der Präsidentin mit dem neuen Innenminister gesagt, dieser „beeile sich, die Beine derjenigen zu betatschen, die dies zuließen, politisch gesprochen.“ Dieser sexistische Kommentar – er reiht sich ein in eine ganze Reihe von ähnlichen Äußerungen gerade gegen Ruth Zavaleta und ihre anerkannt neutrale Amtsführung als Präsidentin des Abgeordnetenhauses – führte zu einer ganzen Reihe kritischer Kommentare.

Spektakulärer Wechsel im Kabinett

Einen spektakulären Wechsel gab es zuvor im Januar im Kabinett von Felipe Calderón: der bisherige „ministro de gobierno“, Fran-

6. Februar 2008

www.kasmex.org.mx

www.kas.de

cisco Ramírez Acuña, wurde durch den bisherigen Leiter des Präsidialamtes und engen Präsidentenvertrauten, Juan Camilo Mouriño abgelöst. Diese Ernennung löste vielfältige Kommentare aus, nicht zuletzt aufgrund der ausgeprägten Öl- und Energieinteressen von Mouriños in Spanien lebender und aus Spanien stammender Familie. Auch wird immer wieder seine mexikanische Staatsbürgerschaft in Frage gestellt – Voraussetzung für einen Regierungsposten in Mexiko.

Mouriños deutlich „abgespeckten“ Posten im Präsidentenumfeld – hauptsächlich bleibt er für die interne Koordination innerhalb des Präsidialamtes zuständig - wiederum übernahm Gerardo Ruiz Mateos, der bisher den Beraterstab im Präsidialamt geleitet hatte. Ruiz Mateos gehört seit 12 Jahren der PAN an und begleitete dort den Posten des Exekutivsekretärs zu der Zeit, als Calderón Parteichef war. Ruiz ist von Haus aus Ingenieur und hat einen Abschluss der einflussreichen Privatuniversität TEC in Méxicos Industriehochburg Monterrey. Später hat er sich – u.a. in enger Verbindung mit dem christlichen Unternehmerverband USEM, dessen Vorsitzender er im Jahr 2000 war – auf dem Gebiet von Wirtschaft und Finanzen, mit einem *diplomado* aber auch in Sozialpolitik spezialisiert. Neben Stationen in der Privatwirtschaft weist seine Karriere auch eine Führungsposition der Mexikanischen Stiftung für Ländliche Entwicklung (FMDR) im Bundesstaat Mexiko auf.

Durch verschiedene Funktionen aufgewertet wurde der Posten des Büroleiters des Präsidenten, Cesar Nava. Ebenso wie der Kommunikationschef Maximiliano Cortazar ist er nun direkt dem Präsidenten zugeordnet und nicht mehr vom Leiter des Präsidialamtes abhängig.

Nach dem Rücktritt des Minister für öffentliche Angelegenheiten, Germán Martínez – er wurde mittlerweile PAN-Vorsitzender – ist mittlerweile auch Sozialministerin Beatriz Zavala Peniche zurückgetreten. Sie wird künftig ihren Sitz im Senat wahrnehmen, von dem sie sich für das Regierungsamt hatte beurlauben lassen. Auch wird sie im Parteivorstand der PAN künftig für die Kontakte zur Regierung zuständig sein. Nach-

folger ist der bisherige Staatssekretär im Finanzministerium und enger Vertrauter des Präsidenten, Ernesto Cordero Arroyo. Sein Nachfolger als Staatssekretär im Finanzministerium wird Dionisio Pérez-Jacome Friscione. Dieser wiederum hatte vorher dem Beraterstab im Präsidialamt angehört und kommt, wie viele Kabinettsmitglieder, aus der einflussreichen privaten Wirtschaftsuniversität ITAM, dem „Instituto Tecnológico Autónomo de México“, zu dem auch der Präsident nach wie vor eine enge Verbindung hat.

Die Herausforderungen für Mouriño sind klar, das Langfristziel heißt Wahlerfolg der PAN bei den Zwischenwahlen 2009, deren Ergebnis ganz wesentlich die Handlungsfähigkeit des Präsidenten in seiner „zweiten Halbzeit“ bestimmen dürfte. Dafür hatte Calderón bereits zuvor mit der Entsendung von Germán Martínez an die Parteispitze eine wichtige Voraussetzung geschaffen, dazu dienen die jetzigen Personalveränderungen. Gleichzeitig hat der Präsident seine Kabinettsmitglieder aber auch aufgefordert, die Regierungspolitik künftig aktiver und besser in der Öffentlichkeit zu verkaufen. Das dies nötig ist, zeigen u.a. die flauen Wahlergebnisse der PAN bei den Kommunal- und Parlamentswahlen in den Bundesstaaten *Quintana Roo* und *Baja California Sur* vom 3. Februar. In beiden Bundesstaaten festigten die PRI bzw. die PRD ihre Positionen, während die PAN nur partielle Achtungserfolge erzielen konnte.